



Budget 2021
Finanzplan 2021–2024

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 4. November 2020

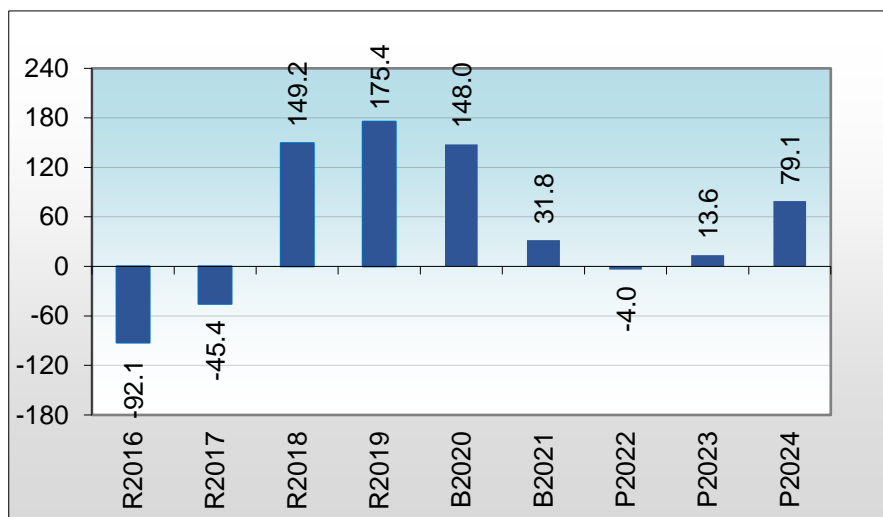
Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat das Budget und den Finanzplan am 4. November 2020 beraten. Neben Finanzdirektor Heinz Tännler haben auch Roger Wermuth, Leiter Finanzverwaltung, und Reto Ruprecht, stellvertretender Leiter Finanzkontrolle, an der Sitzung teilgenommen. Zudem hat die Datenschutzbeauftragte Yvonne Jöhri ihren Antrag auf Erhöhung von Personalstellen begründet. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

	Seite
1. Übersicht	1
2. Themen, die die Gesamtverwaltung betreffen	7
3. Eintreten	8
4. Detailberatung	8
5. Öffentlich-rechtliche Anstalten	13
6. Finanzstatus	14
7. Jahresberichte 2019 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen ...	14
8. Anträge	15

1. Übersicht

1.1. Ergebnisse der Erfolgsrechnung (in Millionen Franken)



Legende: R=Rechnung; B=Budget; P=Planjahr

Die Tabelle zeigt, dass im Budget 2021 erhebliche Einbussen gegenüber dem Vorjahresbudget ausgewiesen werden und dass im Planjahr 2022 ein kleines Defizit erwartet wird. Die Ergebnisse der Erfolgsrechnung sollen sich jedoch in den Planjahren 2023 und 2024 wieder erholen.

Die Stawiko hat sich erkundigt, ob das vorliegende Budget aufgrund der sich per Ende Oktober 2020 geänderten Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie noch Bestand habe. Der Finanzdirektor ist der Ansicht, dass dies aktuell der Fall ist, wobei die Risiken, die auf Seite 10 des Budgetordners erwähnt sind, natürlich den Zuger Staatshaushalt beeinflussen könnten.

Bezüglich der finanziellen Auswirkungen von COVID-19 erwähnt der Regierungsrat auf Seite 9 seines Berichts lediglich die Kantonsratsbeschlüsse zur Änderung des Steuergesetzes und zur Prämienverbilligung. Er weist darauf hin, dass die Auswirkungen von den Direktionen und Ämtern in der institutionellen Gliederung kommentiert seien. Die Stawiko hat von der Finanzdirektion auf Anfrage folgende Zusammenstellung der wichtigsten Abweichungen zum Vorjahresbudget erhalten, die auf COVID-19 zurückzuführen sind:

COVID-19: Wesentliche finanzielle Auswirkungen in Mio. Fr.			
Amt	Bereich	Budget 2021	Bemerkungen
Amt für Berufsberatung	Stipendien	0.2	Mehraufwand
Amt für Berufsbildung	Fachhochschule Zentralschweiz	1.0	Mehraufwand
Amt für Wirtschaft und Arbeit	Bekämpfung Arbeitslosigkeit	3.4	Mehraufwand
Amt für Wirtschaft und Arbeit	Bekämpfung Arbeitslosigkeit	-3.5	Rückerstattung Bund
Gesundheitsdirektionssekretariat	Prämienverbilligung	10.0	Mehraufwand
Hochbauamt	Parkraumbewirtschaftung	0.2	Minderertrag
Kostenstelle COVID-19	Diverse Sachaufwände	2.5	Mehraufwand
Steuerverwaltung	Forderungsverluste	0.2	Mehraufwand
Steuerverwaltung	Reduktion Steuerfuss	12.0	Minderertrag
Steuerverwaltung	Fiskalertrag NP	45.0	Minderertrag
Steuerverwaltung	Fiskalertrag JP	28.0	Minderertrag
Steuerverwaltung	Direkte Bundessteuer NP	15.0	Minderertrag
Steuerverwaltung	Direkte Bundessteuer JP	28.0	Minderertrag
		142.0	Total Mehrbelastung

Es zeigt sich, dass die grössten Ertragsminderungen im Steuerbereich liegen.

Der Finanzdirektor hat darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse des Kantonsrats zur Änderung des Steuergesetzes vom 27. August 2020 im vorliegenden Budget und Finanzplan berücksichtigt sind. Selbstverständlich ist der Ausgang des Referendums zu diesen Beschlüssen abzuwarten, die voraussichtlich im Frühjahr 2021 vorliegen werden.

1.2. Vorgaben des Regierungsrats für den Sachaufwand

Der Sach- und übrige Betriebsaufwand beläuft sich im Budget 2021 auf insgesamt 103,3 Millionen Franken. Auf Seite 13 seines Berichts weist der Regierungsrat darauf hin, dass er für diese Position eine Obergrenze von 100,0 Millionen Franken vorgegeben habe und erwähnt dann einige Positionen, die nicht unter diese Vorgabe fallen würden.

Die Stawiko versteht nicht, wieso solche Vorgaben «schöngerechnet» werden um nachzuweisen, dass man sie eingehalten habe, obwohl dies nicht der Fall ist.

Der Finanzdirektor hat uns informiert, dass sich der Regierungsrat dieser Problematik bewusst sei und dass der Prozess der Budgetvorgaben im nächsten Jahr, also für das Budget 2022, überprüft und entsprechend angepasst werde.

1.3. Programm Zug+

Die Stawiko wurde vom Finanzdirektor informiert, dass der Regierungsrat trotz der durch das Coronavirus ausgelösten Verwerfungen am Programm Zug+ festhalte, wobei sich der Fokus verschiebe. Nicht mehr die zu erwartenden Ertragsüberschüsse stünden im Zentrum, sondern es gelte, in die Rahmenbedingungen für eine gute, volkswirtschaftliche Entwicklung in folgenden Handlungsfeldern zu investieren:

- Bildung
- Demografie und Familie/Beruf
- Klima und Ökologie

Der Regierungsrat hat am 2. Juni 2020 beschlossen, das Programm mit zehn Projekten weiterzuführen. Diese sind auf den Seiten 10 und 11 des Budgetordners kurz erklärt. Die Mitglieder der engeren Stawiko wurden vom Finanzdirektor an der Klausurtagung vom 26. August 2020 über Inhalt und Zielsetzungen der Projekte informiert. Es wurde klar kommuniziert, dass dem Kantonsrat für alle Projekte eine separate Vorlage zum Entscheid unterbreitet werde. Diese Kantonsratsbeschlüsse bilden dann die Rechtsgrundlage für die Ausgaben, die für die Umsetzung anfallen werden.

Im Budget und Finanzplan sind folgende Beträge bis im Jahr 2024 eingestellt. Einzelne Projekte werden länger dauern. Die Kosten der zwei Projekte im Bereich Cybersecurity können zurzeit noch nicht geschätzt werden und sind in den folgenden Tabellen nicht erwähnt:

Übersicht Erfolgsrechnung In Mio. Franken	Budget 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Kinderbetreuung	0.14	0.11	0.10	10.10
Fremdsprachenaustausch	0.30	0.28	0.28	0.28
Bevölkerungsgruppe "55 plus"	0.18	0.20	0.05	-
Arbeitsmarktfähigkeit	0.40	1.75	1.75	1.75
Total Aufw and	1.02	2.34	2.18	12.13

Übersicht Investitionsrechnung In Mio. Franken	Budget 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Energetische Ertüchtigung	2.76	3.69	3.20	1.32
Schienenbasierter ÖV	0.10	0.50	0.50	0.50
Velonetz	0.05	0.40	0.50	0.70
Landerwerb			26.10	
Total Aufw and	2.91	4.59	30.30	2.52

Mit dem Regierungsratsbeschluss vom 2. Juni 2020 wurden Ausgaben von 220 000 Franken für externe Projektkosten freigegeben, welche im Jahr 2020 für die Initialisierung der Projekte angefallen sind. Dieser Beschluss wurde der engeren Stawiko zugestellt; es war aber nicht klar, ob für die Ausgaben überhaupt eine rechtliche Grundlage bestand. Auf der anderen Seite ist sich die Stawiko bewusst, dass gewisse externe Kosten anfallen können, um eine fundierte Kantonsratsvorlage für ein Projekt zu erstellen.

Es erstaunt die Stawiko jedoch, dass im Budget 2021 zulasten der Erfolgsrechnung eine Million Franken ausgegeben werden soll. Auch hier stellt sich die Frage nach der Rechtsgrundlage. Einzelne Stawiko-Delegationen haben bei der Visitation erfahren, dass in den Direktionen zum Teil die Meinung vertreten wird, dass der Kantonsrat mit dem Budgetbeschluss diese Ausgaben bewillige. Das ist so nicht korrekt.

Die Stawiko weist klar darauf hin, dass ein Budgetkredit allein nicht ausreicht, um Ausgaben zu tätigen. Gemäss § 24 Abs. 3 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG; BGS 611.1) braucht jede Ausgabe sowohl eine Rechtsgrundlage als auch einen Budgetkredit.

Der guten Ordnung halber halten wir fest, dass die Baudirektion ihre Stawiko-Delegation informiert hat, dass für die in der Investitionsrechnung 2021 eingestellten 2,76 Millionen Franken zur energetischen Ertüchtigung von kantonalen Liegenschaften und Gebäuden eine Kantonsratsvorlage erarbeitet werde, bevor entsprechende Ausgaben getätigt würden.

Die Stawiko kann nicht akzeptieren, dass der Regierungsrat in einem Amt neue Personalstellen von 60 Prozent für ein Projekt im Rahmen des Programms Zug+ genehmigt hat, bevor dazu ein Kantonsratsbeschluss vorliegt.

Andererseits will die Stawiko auch nicht sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Programm Zug+ generell aus dem Budget 2021 streichen, bevor sich dazu der Regierungsrat äussern können.

➔ Aus diesen Gründen hat die Stawiko beschlossen, vom Regierungsrat folgende Informationen zu verlangen:

- o Terminplan für jedes Projekt, bis wann eine Kantonsratsvorlage erarbeitet ist
- o Bereits aufgelaufene Kosten (extern / interne Personalstellen)
- o Zu erwartende Kosten bei der Umsetzung
- o Zielsetzungen für jedes Projekt

Um diese Informationen zu besprechen führt die erweiterte Stawiko am 16. November 2020 eine Videokonferenz durch. Gestützt darauf wird der Stawiko-Präsident an der Kantonsrats-sitzung zum Budget 2021 am 26. November 2020 Stellung nehmen und allfällige Anträge stellen.

1.4. Investitionen und Finanzierungsprognose

Auf den Seiten 17–19 im Budgetordner weist der Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzierungsprognose auf die bis ins Jahr 2028 anstehenden Investitionsprojekte hin, wobei lediglich diejenigen Projekte namentlich erwähnt sind, die Ausgaben von über fünf Millionen Franken zur Folge haben. Es zeigt sich, dass die Investitionen weiter ansteigen. Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die Liquidität des Kantons trotz der sehr hohen Investitionen nicht gefährdet ist. Aufgrund der guten Jahresergebnisse deuten die Cash-Flow-Berechnungen darauf hin, dass unter den getroffenen Annahmen im Jahr 2024 liquide Mittel in der Grössenordnung von 1,1 Milliarden Franken vorhanden sein werden und dass auch später die Investitionsausgaben ohne Aufnahme von Fremdmitteln finanziert werden können.

1.5. Umgang mit Ertragsüberschüssen

Die weiterhin guten Ergebnisse der Staatsrechnung und die hohe Liquidität werfen Fragen zum Umgang mit künftigen Ertragsüberschüssen auf, die in der engeren Stawiko auch an der Klausur-Tagung im August 2020 diskutiert worden sind.

Für den Abbau von Ertragsüberschüssen kommen beispielsweise folgende Möglichkeiten in Frage:

- Dauerhafte punktuelle oder allgemeine Steuersenkungen
- Investieren, z. B. in Verwaltungsgebäude
- Zusätzliche Abschreibungen tätigen, um künftige Generationen zu entlasten
- Das Eigenkapital weiter äufnen, um das Polster für schwierige Zeiten weiter auszubauen
- Diverse Massnahmen oder Projekte prüfen und umsetzen, z. B. CO₂-Ausgleich je Zuger Einwohnerin/Einwohner, die Zuger Pensionskasse stärken oder das Programm Zug+

Bevor jedoch über einschneidende Massnahmen wie dauerhafte Steuersenkungen oder Grossinvestitionen entschieden wird, bleibt die zurzeit unsichere Entwicklung abzuwarten.

Der internationale Druck auf eine Anpassung des schweizerischen Steuersystems könnte zunehmen. Weitere Risiken sind die Entwicklung von Ausgaben für den Nationalen Finanzausgleich (NFA), die Gesundheit, das Asylwesen oder die Bildung. Wirtschaftliche Risiken bilden mögliche Handelskriege oder eine langdauernde Rezession.

1.6. Finanzielle Perspektiven

Die Finanzverwaltung hat ein Finanzplanungstool entwickelt, mit dem verschiedene Szenarien für die Entwicklung des Staatshaushalts simuliert werden können. Die engere Stawiko wurde an der Klausurtagung im August 2020 darüber ausführlich informiert. Es wurden vier Szenarien vorgestellt mit folgenden Eckwerten:

Annahmen Wachstumsraten für die Modellierung der Szenarien 2025–2028				
Erfolgsrechnung	Sz 1 pessimistische Ertragsentwicklung	Sz 2 realistische Ertragsentwicklung	Sz 3 optimistische Ertragsentwicklung	Sz 4 FD- Einschätzung
Aufwand				
30 Personalaufwand	1.00%	1.25%	1.50%	1.00%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	0.00%	0.50%	0.50%	0.25%
34 Finanzaufwand				
- Finanzaufwand übrige	1.00%	1.50%	2.00%	1.50%
36 Transferaufwand				
- NFA	4.50%	4.50%	5.50%	4.50%
- Übrige	1.50%	1.50%	2.00%	1.50%
Ertrag				
40 Fiskalertrag				
- Übriger Fiskalertrag	-1.50%	2.50%	3.50%	2.00%
41 Regalien und Konzessionen	0.10%	0.10%	0.10%	0.10%
42 Entgelte	0.10%	0.10%	0.10%	0.10%
43 Verschiedene Erträge	0.50%	0.50%	0.50%	0.50%
46 Transferertrag				
- Anteil an Direkter Bundessteuer	0.50%	1.50%	2.50%	1.00%
- Übrige	0.50%	1.00%	1.50%	2.50%

Zusätzlich zu den vier Finanzplanjahren wurden vier weitere Jahre bis 2028 modelliert.

Die Haupteckdaten sind:

- Bei allen vier Szenarien bleibt die Liquidität weiterhin hoch.
- Bei keinem der Szenarien gibt es Probleme mit der Schuldenbremse.
- Die aktuelle Finanzstrategie 2017–2025 muss zurzeit noch nicht überarbeitet werden.

Bei den finanziellen Perspektiven sind gemäss Finanzdirektion folgende wesentlichen Risiken zu beachten:

- Unsichere Wirtschaftslage
- Entwicklung Coronapandemie (COVID-19)
- Einbruch der Steuererträge
- Entwicklung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA)
- Zwingende Übernahme neuer Aufgaben
- Ausfall Gewinnausschüttung der Nationalbank (SNB)
- Negativzinsen

1.7. Berichte der Finanzkontrolle

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Sie übt zudem in finanziellen Belangen die Oberaufsicht (äusserer Geschäftsgang) über alle Gerichte, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle aus.

Der Stawiko-Präsident hat sich bei der Finanzkontrolle erkundigt, welche Erkenntnisse sie bei ihren Prüfungstätigkeiten bezüglich der Oberaufsicht der Stawiko gewonnen hat.

Die Finanzkontrolle hält gemäss §§ 47–49 des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; BGS 611.1) in ihren Berichten jeweils folgende Sachverhalte fest:

- Hinweise
- Empfehlungen
- Beanstandungen
- Hinweise auf strafbare Handlungen

In den Jahren 2019 und 2020 gab es keine Hinweise auf strafbaren Handlungen.

Bei den Amtsrevisionen ergaben sich neben zahlreichen Empfehlungen und Hinweisen im Jahr 2019 vier Beanstandungen, im Jahr 2020 bisher eine.

Die Stawiko erhält jeweils alle Berichte der Finanzkontrolle und fragt bezüglich der oben erwähnten festgehaltenen Sachverhalte bei den nächsten Visitationen nach. Die Finanzkontrolle führt eine Kontrolle über die Pendenzen und informiert den Stawiko-Präsidenten, falls die Beanstandungen durch die betroffenen Ämter nicht behoben werden sollten. Aktuell besteht diesbezüglich kein Handlungsbedarf.

Bezüglich der Oberaufsicht in finanziellen Belangen (äusserer Geschäftsgang) über alle Gerichte, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle ergaben sich in den Jahren 2019 und 2020 bei den Amtsrevisionen und bei den Prüfungen der Projekt-/Kreditabrechnungen neben einigen Empfehlungen und Hinweisen keine Beanstandungen.

Im Weiteren informierte die Finanzkontrolle, dass bei Projekt- und Kreditabrechnungen eine grundsätzliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen ist. Zum Teil sind noch die Themen Kreditfreigabe, Ausgabenvollzugsentscheide, Zuordnung von Soll- und Ist-Kosten auf das alte oder neue Strassenbauprogramm und der Submissionsprozess Gegenstand von Diskussionen. In den Jahren 2019 und 2020 gab es keine Beanstandungen und somit besteht diesbezüglich auch hier kein Handlungsbedarf von Seiten der Stawiko.

Die Prüfung von Internen Kontrollsystemen (IKS) bildet nach wie vor ein Schwerpunkt der Finanzkontrolle. Der Regierungsrat hat am 3. November 2020 durch eine Änderung der Finanzhaushaltsverordnung (neuer § 18 FHV; BGS 611.11) beschlossen, dass alle Ämter der kantonalen Verwaltung bis Ende 2022 ein IKS implementiert haben müssen, mindestens mit dem von der Stawiko geforderten Reifegrad «Standardisiert». Wie im Bericht der Stawiko zum Geschäftsbericht 2019 erwähnt, erwartet die Stawiko, dass die Finanzkontrolle die Verwaltung bei der Implementierung in konkreter Art und Weise unterstützt.

2. Themen, die die Gesamtverwaltung betreffen

Für die Vorbereitung der Beratung von Budget und Finanzplan standen den Stawiko-Delegationen detaillierte Budgetzahlen zur Verfügung. Im Vorfeld der Visitationen haben die Delegationen den Direktionen, der Staatskanzlei und den Gerichten Fragen gestellt, die schriftlich beantwortet worden sind. Die schriftlichen Auskünfte wurden anlässlich der Visitationen mit den Direktionsvorstehenden und zum Teil auch mit den Amtsleitenden besprochen. Wir bedanken uns für die erhaltenden Auskünfte und Informationen. Alle Stawiko-Delegationen haben für ihre Bereiche Berichte verfasst, die uns bei der Beratung vorlagen. Auch die Direktionsvorstehenden sind über den Inhalt der sie betreffenden Berichte informiert.

Bei der Beratung haben sich folgende Themen herauskristallisiert, die die gesamte Verwaltung betreffen:

2.1. Personalstellen

Im Rahmen der Entlastungsprogramme in den Jahren 2015–2019 wurden insgesamt rund 84 Personalstellen abgebaut. Im Budget 2020 sind 46 neue Stellen berücksichtigt und im vorliegenden Budget 2021 sind es 45 neue Stellen. Die abgebauten Stellen wurden somit bereits wieder überkompensiert.

Einerseits hat die Stawiko Verständnis dafür, dass in unserem Wachstumskanton für die Bewältigung der öffentlichen Aufgaben eine gewisse Anzahl neuer Personalstellen notwendig ist. Der Kanton Zug ist bekannt für eine effiziente und kundenfreundliche Verwaltung und dieser Standard soll beibehalten werden können.

Andererseits ist eine Mehrheit der Stawiko-Mitglieder besorgt, wie schnell die eingesparten Stellen wieder aufgebaut worden sind.

- Die Stawiko fordert den Regierungsrat mit 10 Ja- und 3 Nein-Stimmen ohne Enthaltung auf, bei der Bewilligung neuer Personalstellen wieder Zurückhaltung zu üben.

Gemäss Angaben des Regierungsrats hat er die neuen Stellen nachfolgender Priorisierung bewilligt:

- 1) Neue Aufgaben aufgrund von Bundesgesetzen oder von Kantonsratsbeschlüssen;
- 2) Stellen für Lehrpersonal, welche aufgrund einer höheren Anzahl von Schulklassen notwendig sind;
- 3) Quantitative oder qualitative Ausweitung bei der ordentlichen Aufgabenerfüllung bzw. im Leistungsauftrag;
- 4) Erfolgsneutrale Stellen, die durch Dritte finanziert sind.

Die Stawiko-Delegationen haben im Rahmen der Visitationen alle neuen Stellen angesprochen und bei Bedarf zusätzliche Informationen eingefordert. An der Sitzung bildeten die neuen Stellen einen Schwerpunkt. Der Stawiko standen dafür die gleichen Informationen zur Verfügung wie dem Regierungsrat. In der Beilage 1 findet sich die Stellenübersicht der kantonalen Verwaltung, in welcher bei jedem Amt die besetzten, die budgetierten und die in den Planjahren geplanten Stellen ersichtlich sind. Eine Zusammenfassung der Stellenanträge findet sich in Beilage 2.

2.2. Hilfskräfte

Wie schon im letzten Jahr sollen auch im Budget 2021 die Arbeitsverhältnisse von befristet angestellten Hilfskräften in Feststellen umgewandelt werden. Die Stawiko kann nachvollziehen, dass dies sinnvoll sein kann oder gesetzlich vorgeschrieben ist. Jedoch müssten dann folglich die Lohnkosten für Hilfskräfte abnehmen. Die Aufstellung auf Seite 13 des Budgetordners zeigt jedoch, dass sich die Ausgaben für Hilfskräfte im Konto 3010.21 um 67 000 Franken erhöhen, obwohl befristete Anstellungen im Umfang von rund 180 000 Franken in Festanstellungen umgewandelt werden.

- Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, dafür zu sorgen, dass der Lohnaufwand für Hilfskräfte reduziert wird, wenn befristete Stellen in Feststellen umgewandelt werden.

In der Aufstellung des Regierungsrats ist bei den Hilfskräften das Reinigungspersonal nicht enthalten, das zwar auch im Stundenlohn entlohnt, jedoch in einem anderen Konto verbucht wird. Eine Stawiko-Delegation ist der Ansicht, dass beim Reinigungspersonal wahrscheinlich Effizienzsteigerungen möglich wären. Bei einem Mehrbedarf, auch wenn er nur vorübergehend sei, würde mehr Personal eingestellt, das dann bei einem Minderbedarf nicht mehr abgebaut werden könne. Beim Reinigungspersonal werden auch regelmässig langjährige befristete Arbeitsstellen in unbefristete Festanstellungen umgewandelt. Wir verweisen diesbezüglich auch auf den Antrag der Stawiko beim Amt für Mittelschulen und pädagogische Hochschule (AMH) unter Ziffer 4.1.

- Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf zu prüfen, ob Optimierungspotenzial beim Reinigungspersonal besteht. Zum Beispiel könnte in der ganzen kantonalen Verwaltung inklusive der kantonalen Schulen ein «Reinigungs-Pool» geschaffen werden, aus welchem die notwendigen Reinigungskräfte gemäss den sich ändernden Bedürfnissen zugeteilt werden können. Ebenso ist zu prüfen, ob Leistungen auch extern vergeben werden können.

3. Eintreten

Da der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung (BGS 111.1) das Budget zu beschliessen hat, war in der Stawiko das Eintreten auf die Vorlage unbestritten.

4. Detailberatung

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Bezüglich der Gerichte, der Ombuds- und der Datenschutzstelle übt sie die Oberaufsicht in den finanziellen Belangen aus. Die Stawiko hat sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität zu verschaffen. Die Einflussmöglichkeiten des Kantonsrats und die dadurch ausgelösten Abläufe sind in einer Matrix dargestellt, die diesem Bericht beiliegt (siehe Beilage 4).

4.1. Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Ämtern

Im Folgenden werden jene Bereiche erwähnt, zu denen in der Detailberatung Anträge gestellt oder die vertieft beraten worden sind:

1129 Datenschutzstelle (DATS)

Die DATS beantragt eine 50-Prozent-Stelle für das Sekretariat und eine 80-Prozent-Stelle für eine juristische Fachperson.

Gemäss § 18c des Datenschutzgesetzes (BGS 157.1) erstellt die Datenschutzstelle ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegen.

Der Regierungsrat beantragt, lediglich die 50-Prozent-Stelle für das Sekretariat zu genehmigen (siehe dazu auch Ziffer 7.1.1 auf Seite 12 seines Berichts).

Die Stawiko hat die Datenschutzbeauftragte Frau Dr. iur. Yvonne Jöhri zur Sitzung eingeladen, um ihren Antrag zu begründen. Sie wies darauf hin, dass im Rahmen der Digitalisierung die Anforderungen im Bereich Datenschutz und Datensicherheit ständig zunehmen und deshalb eine juristische Unterstützung notwendig sei. Die Arbeitsbelastung sei seit 2019 stetig gestiegen und weiterhin permanent hoch. Es gebe kaum Tage ohne neue Anfragen. Neben dem Tagesgeschäft und den weiteren zu erledigenden Aufgaben (Beratung in Projekten, Erledigung von Einzelanfragen, Mitwirkung bei und Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorlagen, Schulungen, Administratives etc.) seien auch immer wieder dringliche Aufgaben prioritär zu behandeln. Um eine fristgerechte Beurteilung von Digitalisierungsprojekten sicherzustellen, bedürfe es einer DATS, welche über entsprechende Ressourcen verfüge. Aus diesen Gründen werde neben der administrativen Entlastung eine weitere fachliche juristische Verstärkung um 80 Prozent beantragt.

Demgegenüber beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Stellenerhöhung von 50 Prozent für eine Sekretariatsstelle zu genehmigen, jedoch die 80 Prozent für eine weitere juristische Fachperson bei der DATS abzulehnen.

Seit Januar 2019 sei die DATS mit der Datenschutzbeauftragten (80 Prozent) und ihrer Stellvertretung (80 Prozent) sowie seit März 2020 mit einem ICT-Mitarbeiter (50 Prozent) besetzt. Es sei für den Regierungsrat nachvollziehbar, dass die Fachpersonen administrativ entlastet werden müssen, um die zunehmenden Aufgaben, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, bewältigen zu können. Nach dieser administrativen Entlastung liessen sich jedoch zusätzliche 80 Prozent für eine weitere juristische Fachperson nicht rechtfertigen, wenn die vorhandenen Ressourcen optimal eingesetzt würden.

- Die Stawiko beschliesst mit 11 Ja zu 1 Nein-Stimme ohne Enthaltung, den Personalaufwand der Datenschutzstelle um 125 000 Franken zu reduzieren. Dies mit der Intention, keine neue Stelle mit einer juristischen Fachperson zu besetzen.

1126 Staatsarchiv (ARCH)

Das ARCH beabsichtigt, für die Einwohnergemeinden Steinhausen und Unterägeri je 20-Prozent-Stellen für die Gemeindearchive zu besetzen. Die entsprechenden Kosten werden durch die Gemeinden getragen. Die Stawiko geht davon aus, dass die Stellen erst dann besetzt werden, wenn die Verträge mit den Einwohnergemeinden unterzeichnet sind.

1515 Amt für Grundbuch und Geoinformation

Es wurde der Antrag gestellt, das Globalbudget um 180 000 Franken zu erhöhen. Dieser Betrag sei notwendig für die Erstellung eines neuen Luftbilds für den ganzen Kanton und sei aus dem Budget gestrichen worden, um die Vorgaben des Regierungsrats für den Sachaufwand zu erreichen. Es sei nicht tragbar, dass für den Kanton Luftbilder aus dem Jahr 2011 gelten, während nur die aktuellen Luftbilder wirklich nützlich seien.

Dem wurde entgegengehalten, dass der Regierungsrat dieser Reduktion zugestimmt habe und somit der Meinung sei, dass die vorhandenen Luftbilder den Bedürfnissen noch gerecht würden.

Der Antrag wurde mit 8 Nein- zu 4-Ja-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

1530 Amt für Wald und Wild (AFW)

Die Stawiko-Delegation wurde informiert, dass eine Zunahme der Freizeitaktivitäten im Wald festgestellt worden ist. Dies führte zu entsprechenden Auswirkungen auf die Natur und die Eigentümer und somit zu entsprechenden Mehraufwänden. Die Corona-Pandemie hatte eine noch höhere Beanspruchung des Waldes zur Folge und stellte eine grosse Herausforderung für das AFW dar, weshalb ein «Ranger-Konzept» erarbeitet und erfolgreich umgesetzt wurde.

Das AFW bildete eigenes Personal entsprechend aus und arbeitete zusätzlich auch mit lokalen Personen zusammen. Diese Kosten wurden vom kantonalen Corona-Kredit gedeckt. Da sich das Konzept bewährt hat, werde die Direktion des Innern das «Ranger-Programm» auf langfristiger Basis einführen und dadurch steige der Personalaufwand.

Mit dieser Aussage ist die Stawiko nicht einverstanden. Gemäss Stellenübersicht hat der Regierungsrat für das AFW keine neuen Personalstellen genehmigt, die einen höheren Personalaufwand rechtfertigen würden.

- ➔ Die Stawiko fordert die Direktion des Innern auf, dem Regierungsrat für das Budget 2022 eine ordentliche Stellenerhöhung zu beantragen, falls ein «Ranger-Programm» in den Zuger Wäldern langfristig eingeführt werden sollte.

1550 Sozialamt (KSA)

Im Kommentar zum Globalbudget ist auf Seite 73 des Budgetordners erwähnt, dass ein Mehraufwand für 180 neue Stellenprozenten anfalle und zwar aufgrund «natürlichen Wachstums» in den Bereichen Alter sowie Wohnbegleitung für Asylsuchende und Flüchtlinge.

Die Stawiko hat erfahren, dass 60 Prozent davon für eine Projektleiterstelle im Rahmen des Programms Zug+ eingesetzt werden sollen; 10 Prozent unbefristet und 50 Prozent befristet bis Ende 2023.

- ➔ Die Stawiko fordert die Direktion des Innern auf, Stellen erst dann zu besetzen und gemäss den effektiven Anforderungen zu befristen, wenn der Kantonsratsbeschluss für das Projekt im Rahmen von Zug+ vorliegt (siehe dazu auch Ziffer 1.3 dieses Berichtes).

1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie (ADA)

Es wurde der Antrag gestellt, das Globalbudget des ADA um 125 000 Franken zu erhöhen, um damit eine zusätzliche 100-Prozent-Stelle zu schaffen. Die Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes habe zu einer starken Zunahme der Anträge auf Abklärung der Schutzwürdigkeit von inventarisierten Bauten geführt. Die neue Stelle sei für die Bearbeitung von Anträgen notwendig, um die neuen gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen.

Dem wurde entgegengehalten, dass durch die Gesetzesänderung lediglich ein vorübergehender Mehraufwand entstehe, der mit den vorhandenen Ressourcen aufzufangen sei.

Der Antrag wurde mit 10 Nein- zu 2-Ja-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

1730 Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (AMH)

a) Reinigungspersonal

Beim Reinigungspersonal der Kantonsschule Menzingen sollen 500 befristete Stellenprozente in unbefristete Festanstellungen umgewandelt werden. Im Nachgang zur Sitzung wurden wir informiert, dass es sich dabei zum Teil um langjährige befristete Arbeitsstellen handle. Die Stawiko hat aber auch zur Kenntnis genommen, dass keine gesetzliche Verpflichtung besteht, die Umwandlung in Festanstellungen bereits im Jahr 2021 vorzunehmen. Es ist die Rückmeldung des Regierungsrats zur Aufforderung unter Ziffer 2.2 bezüglich «Reinigungs-Pool» bzw. allfälliger externer Arbeitsvergabe abzuwarten.

- Die Stawiko beschliesst mit 9 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung auf, die 500 Stellenprozente für das Reinigungspersonal in der Kantonsschule Menzingen im Jahr 2021 noch nicht in Feststellen umzuwandeln.

b) Informatikgeräte für Lehrpersonen

Es wurde der Antrag gestellt, das Globalbudget des AMH um 250 000 Franken zu erhöhen. Damit kann gewährleistet werden, dass alle Lehrpersonen der kantonalen Schulen bei der Wahl ihres Informatikgeräts für den Unterricht zwischen folgenden Optionen aussuchen können:

- COPE (corporate owned, personally enabled) oder
- BYOD (bring your own device).

Wenn der Kanton dabei einen Anteil von 50 Prozent übernehmen würde, würde dies nach Berechnungen der Antragsteller rund 250'000 Franken ausmachen.

Begründet wurde der Antrag mit einer Vereinfachung des IT-Supports und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal. Beides sei sehr wichtig, gerade jetzt auch in Zeiten von Corona und möglichen grösseren Herausforderungen, um von Zuhause aus zu arbeiten. Die technische Unterstützung ist und wird in dieser Zeit immer wichtiger.

Dem wurde entgegengehalten, dass aktuell zwei parlamentarische Vorstösse zu dieser Thematik eingereicht worden sind und dass die Meinung des Regierungsrats dazu abgewartet werden soll. Falls notwendig, kann der Betrag ordentlich im Budget 2022 aufgenommen werden.

Der Antrag wurde mit 10 Nein- zu 2-Ja-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

1740 Amt für gemeindliche Schulen (AGS)

Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 5. November 2019 einen neuen Amtsleiter mit einem Pensum von 100 Prozent gewählt. Anscheinend bedingt dies im Budget 2021 eine Stellenerhöhung um 10 Prozent. Für die Stawiko ist nicht nachvollziehbar, wie der Regierungsrat eine Stellenerhöhung vornehmen kann, bevor der Kantonsrat das entsprechende Budget genehmigt hat.

2031 Arbeitslosenkasse (ALK)

Die Stawiko-Delegation wurde informiert, dass die ALK 1,4 zusätzliche Personalstellen geschaffen habe. Auf der Personalstellenübersicht ist jedoch kein Stellenwachstum ausgewiesen. Auf Nachfrage wurde uns mitgeteilt, dass es sich nicht um neue Stellen handelt, sondern dass bisher bereits bewilligte Stellen erst im 2021 besetzt werden können.

3020 Tiefbauamt (TBA)

Die Stawiko-Delegation wurde informiert, dass dem Kantonsrat für die Sanierung der Lorzentobelbrücke im Jahr 2021 eine Vorlage zur Beratung unterbreitet wird und dass mit der Realisierung im Jahr 2022 begonnen werden soll.

Bezüglich Strassenunterhalt haben die begrenzten Mittel aufgrund der Sparprogramme der letzten Jahre dazu beigetragen, dass der Mittelwert des Strassenzustandes im Kanton Zug immer schlechter geworden sei. Um das Leistungsziel der Werterhaltung zu erreichen, seien in

den nächsten Jahren zusätzliche finanzielle Mittel nötig. Die Stawiko-Delegation folgert daraus, dass die durch die Sparprogramme reduzierten Mittel einfach nachträglich anfallen.

3060 Hochbauamt (HBA)

Beim Hochbauamt wird eine neue Personalstelle für eine «Projektleitung Planung und Bau» geschaffen, womit auf teure externe Unterstützung verzichtet werden könne. Die Frage im Stellenantragsformular, ob damit externe Kosten reduziert werden können, wurde aber verneint. Dies ist für die Stawiko ein Widerspruch.

- Die Stawiko bittet den Baudirektor um eine mündliche Erklärung dieses Sachverhalts an der Kantonsratssitzung vom 26. November 2020.

35 Sicherheitsdirektion (SD)

Im Zusammenhang mit der neuen Einsatzleitzentrale VISION 2025 wurden der Zuger Polizei insgesamt zwei bis ins Jahr 2024 befristete Personalstellen zu je 50 Prozent bewilligt.

- Die Stawiko fordert den Sicherheitsdirektor auf, den Kantonsrat an der Sitzung vom 26. November 2020 mündlich über den aktuellen Stand bezüglich der neuen Einsatzleitzentrale VISION 2025 umfassend zu informieren.

3590 Zuger Polizei (ZUPO)

a) Sachbearbeitung Logistik

Für die ZUPO sind im Budget unter anderem 50 Stellenprozente für eine neue Sachbearbeitung Logistik berücksichtigt. Dies ist notwendig, um ein zentrales Sachinventar zu erstellen. Es wurde der Antrag gestellt, diese Stelle bis im Jahr 2023 zu befristen, da bis dahin das Sachinventar erstellt sein wird und vermieden werden soll, dass die Stelle weitergeführt wird, wenn die ursprüngliche Aufgabe erledigt ist.

- Die Stawiko beschliesst mit 11 Ja- zu 2 Nein-Stimme ohne Enthaltung, dass die 50 Stellenprozente für eine neue Sachbearbeitung Logistik bis Ende 2023 befristet werden sollen.

b) Anschaffung gepanzertes Einsatzfahrzeug

Für die Anschaffung eines gepanzerten Einsatzfahrzeugs sind im Budget 2021 250 000 Franken eingestellt. Das Fahrzeug ist nötig für den sofortigen Einsatz zum Schutz, zur Rettung, für eine rasche Evakuierung und/oder Intervention. Bei einer Alarmierung beträgt die Wartezeit für den Beizug eines geeigneten Fahrzeuges aus einem anderen Kanton mindestens 90 Minuten, was im Bedarfsfall zu lang ist. In der Zentralschweiz hat einzig der Kanton Luzern ein entsprechendes Fahrzeug, das jedoch ersetzt werden muss. Eine Fahrzeugbeschaffung im Konkordat wurde geprüft, ist jedoch nicht zustande gekommen. Die Notwendigkeit des Fahrzeugs im Sinne einer Präventivmassnahme wird von der Stawiko nicht in Frage gestellt. Jedoch wurde der Stawiko-Delegation bei der Visitation auf eine entsprechende Frage mitgeteilt, dass ein solches Fahrzeug bereits für ca. 140 000 Franken angeschafft werden könne.

Die Stawiko ist erstaunt, dass im Rahmen der Visitation so ohne weiteres Sparpotenzial auftaucht, obwohl das Budget kurze Zeit vorher durch den Regierungsrat verabschiedet worden ist. Die Stawiko will jedoch nicht einfach den mündlich genannten Betrag beantragen, sondern noch eine Reserve von 20 000 Franken gewähren.

- Die Stawiko beantragt mit 10 Ja zu 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Ausgaben für das Projekt SD3590.0096 im Budget 2021 um 90 000 Franken auf 160 000 Franken zu reduzieren.

c) Wartung Radargeräte

Für die Teilrevision eines semistationären Radargerätes (SEMISTA) sind im Budget 2021 152 000 Franken eingestellt. Die Stawiko-Delegation erachtet diese Kosten als zu hoch und ist der Auffassung, dass der Revisionszyklus ausgedünnt werden kann. Insbesondere da nicht alle SEMISTA im gleichen Jahr gekauft wurden. Es wurde der Antrag gestellt, die jeweiligen Revisionen auf die Jahre 2022, 2025 und 2028 zu verschieben. Für das Budget 2021 bedeutet dies, den entsprechenden Budgetkredit zu streichen.

- ➔ Die Stawiko beantragt mit 8- Ja zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, die Ausgaben für das Projekt SD3590.0099 im Budget 2021 von 152 000 Franken zu streichen.

40 Gesundheitsdirektion (GD)

Der Stawiko-Delegation stellt fest, dass im Budget 2021 keine ausserordentlichen Kosten aufgrund der Corona-Pandemie eingestellt sind. Die Stawiko ist sich bewusst, dass dies schwierig ist. Jedoch ist ein vollumfänglicher «Blindflug» nicht angebracht, auch wenn sich die Schätzungen aufgrund der sich rasch ändernden Lage unter Umständen als falsch herausstellen sollten.

- ➔ Die Stawiko fordert den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat an der Sitzung vom 26. November 2020 eine Abschätzung für die aus heutiger Sicht anfallenden zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zur Kenntnis zu bringen.

5050 Amt für Informatik und Organisation (AIO)

Im letzten Jahr hat das AIO insgesamt 8,3 neue Stellen erhalten und im Budget 2021 wurden vom Regierungsrat weitere 4,4 Stellen bewilligt. Dies ist aus Sicht der Stawiko unter Berücksichtigung der Zentralisierung bei der Neuausrichtung der Informationstechnologie (IT-Zug) nachvollziehbar. Die Stawiko erwartet jedoch, dass dieser Prozess Ende 2021 abgeschlossen sein wird und ab 2022 keine neuen Personalstellen mehr anfallen.

60 Richterliche Behörden

Die Richterlichen Behörden weisen insgesamt gegenüber dem Vorjahresbudget einen um 475 000 Franken höheren Aufwandüberschuss aus. Unter anderem werden 4,3 zusätzliche Personalstellen besetzt, und zwar beim Strafgericht, beim Obergericht und bei der Staatsanwaltschaft. Die Stawiko-Delegation konnte sich überzeugen, dass aufgrund des Arbeitsanfalls, verschiedener neuer Gesetzgebungsanpassungen sowie der personellen Einsparungen anlässlich des Entlastungsprogramms nun ein gewisser Nachholbedarf unausweichlich ist. Anlässlich der Beratung des Rechenschaftsberichts der richterlichen Behörden sei die Justizprüfungskommission (JPK) zu einer gleichen Einschätzung gelangt.

Die richterlichen Behörden weisen darauf hin, dass sich allfällige Veränderungen der Erträge oder der Aufwände aufgrund von COVID-19-Massnahmen nicht abschätzen lassen. Sie haben auf eine Budgetierung verzichtet und werden im Rahmen des Jahresabschlusses 2020 allfällige Abweichungen kommentieren.

5. Öffentlich-rechtliche Anstalten

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind nicht Bestandteil der Staatsrechnung. Jedoch hat der Kantonsrat aufgrund von Bestimmungen in Spezialgesetzen die Budgets der Pädagogischen Hochschule Zug und der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu beschliessen.

5.1. Pädagogische Hochschule Zug

Der Leistungsauftrag der PH Zug ist gleich aufgebaut wie diejenigen der kantonalen Ämter. Das Globalbudget ist mit einem Aufwandüberschuss von rund 9,9 Millionen Franken um 0,9 Millionen Franken oder 10,4 Prozent höher als im Vorjahr. Der Aufwandüberschuss entspricht dem Kantonsbeitrag, der im Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (Amt Nr. 1730) verbucht wird.

5.2. Justizvollzugsanstalt Bostadel

Die Interkantonale Strafanstalt hat ihren Namen in Justizvollzugsanstalt geändert. Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Anhang zu BGS 332.31) müssen die Parlamente beider Kantone das Budget, die Jahresrechnung und den Jahresbericht beschliessen. Das Budget 2021 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 276 000 Franken, wovon der Kanton Zug einen Fünftel oder 55 000 Franken tragen muss. Dieser Betrag ist im Globalbudget des Amts für Justizvollzug (Amts Nr. 3596) bei der Sicherheitsdirektion eingestellt. Es werden vor der geplanten Totalsanierung selbstverständlich keine nicht dringend notwendigen Instandstellungsarbeiten mehr ausgeführt, sondern ausschliesslich diejenigen, die den Betrieb sicherstellen. Bis zum Baubeginn dauert es noch drei bis vier Jahre. Die Investitionsrechnung sieht Ausgaben von 872 000 Franken vor, rund 95 000 Franken weniger als im Vorjahresbudget.

6. Finanzstatus

Der aktuelle Finanzstatus erfasst die finanziellen Auswirkungen derjenigen Geschäfte, die in der Zeit vom 27. September 2019 bis 29. September 2020 von der Regierung und dem Kantonsrat beschlossen worden sind. Der Finanzstatus zeigt die Differenzen zwischen den effektiven Ausgabenbeschlüssen und den Budget- bzw. Finanzplanzahlen. Es ist zu beachten, dass die finanziellen Entwicklungen, die nicht auf RR- oder KR-Beschlüsse zurückgehen (wie zum Beispiel Veränderungen bei den Steuererträgen oder die zeitliche Verschiebung von Investitionsprojekten) nicht berücksichtigt sind. Die Übersicht fasst alle finanziellen Auswirkungen zusammen. Es zeigt sich, dass die erfassten Beschlüsse die Jahresrechnung 2020 um 4,9 Millionen Franken stärker belasten als budgetiert. Die Investitionsrechnung liegt um rund 4,2 Millionen Franken unter dem Budget. Die Stawiko die Übersicht des Finanzstatus diesem Bericht bei (siehe Beilage 3).

→ Die Stawiko nimmt vom Finanzstatus per 29. September 2020 Kenntnis.

7. Jahresberichte 2019 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen

Die Staatskanzlei stellt die Jahresberichte der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (IGPK) jeweils allen Mitgliedern des Kantonsrates zur Kenntnisnahme zu. Eine Traktandierung findet nicht statt, sodass der Kantonsrat dazu keine Stellung nehmen kann. Der Kanton Zug wird in den verschiedenen IGPK durch die Stawiko-Mitglieder vertreten, die für die jeweilige Direktion zuständig sind.

→ Die Stawiko nimmt folgende Jahresberichte 2019 zur Kenntnis:

- Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)
- Hochschule Luzern (HSLU)
- Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)

8. Anträge

Zum Programm Zug+ wird der Stawiko-Präsident an der Kantonsratssitzung zum Budget 2021 am 26. November 2020 Stellung nehmen und allfällige Anträge stellen (siehe Ausführungen in Ziffer 1.3 dieses Berichts).

Die Stawiko beantragt Ihnen Folgendes:

- 1) mit 11 Ja- zu 1 Nein-Stimme ohne Enthaltung, der Datenschutzstelle anstelle der von ihr beantragten 1,30 lediglich 0,50 zusätzliche Personalstellen zu genehmigen;
- 2) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, die Leistungsaufträge 2021 zu genehmigen;
- 3) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, das Budget 2021 (Vorlage Nr. 3136.1) mit folgenden Änderungen zu genehmigen (Abstimmungsverhältnisse zu den Änderungsanträgen siehe Kapitel Detailberatung):
 - a) Reduktion des Personalaufwands der Datenschutzstelle um 125 000 Franken mit der Intention, keine neue Stelle mit einer juristischen Fachperson zu besetzen.
 - b) Noch keine Umwandlung von 500 Stellenprozenten für das Reinigungspersonal in der Kantonsschule Menzingen im Jahr 2021;
 - c) Befristung der 50 Stellenprozente für eine neue Sachbearbeitung Logistik bis Ende 2023;
 - d) Reduktion der Ausgaben für das Projekt SD3590.0096 «Gepanzertes Einsatzfahrzeug zivil» im Budget 2021 um 90 000 Franken auf 160 000 Franken;
 - e) Streichung der Ausgaben von 152 000 Franken für das Projekt SD3590.0099 «Teilrevision SEMISTA».
- 4) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2021 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
- 5) mit 13 Ja- zu 0 Nein-Stimme ohne Enthaltung, das Budget 2021 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen;
- 6) den Finanzplan 2021–2024 zur Kenntnis zu nehmen;
- 7) die Finanzierungsprognose bis 2028 zu kantonalen Investitionsprojekten zur Kenntnis zu nehmen (siehe dazu Ziffer 8 im Bericht des Regierungsrats).

Steinhausen, 4. November 2020

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Andreas Hausheer

Beilagen:

- 1) Stellenübersicht per 18. August 2020
- 2) Stellenanträge Budget 2021; Stand 30. Juli 2020
- 3) Finanzstatus per 29. September 2020
- 4) Matrix zum Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und/oder Globalbudget

Beilage 1

Kanton Zug - Budget 2021: Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden (Stand 18.08.2020)

Finanzdirektion/Personalamt

Bemerkungen:

- Enthalten sind alle Stellen für Festangestellte (inkl. Projekt- und drittfinanzierte Stellen). Nicht enthalten sind die Stellen für Hilfskräfte, Aushilfen, Fachpersonal und Personal in Ausbildung.
- Die internen und externen Sozialstellen sowie die Lernenden-Betreuer/innen sind in der Amts-Nr. 5011 «Allgemeiner Personalaufwand» enthalten.
- Die Spalte «Ist 31.12.1x» ist eine Momentaufnahme und gibt **keine** Auskunft über die belegten Jahresdurchschnittspensen.
- Die farbigen Kommentare beziehen sich auf die entsprechenden gelben Spalten mit farbiger Schrift zum aktuellen Budget.

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.19	Budget 2020	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	Budget 2021	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	übrige Veränd. 2023	Plan 2023	Veränd. 2024	Plan 2024	Kommentare
11	Allgemeine Verwaltung	33.70	37.25	0.00	1.80	0.50	39.55	0.00	39.55	-0.20	39.35	0.00	39.35	
1120.0900	Kanzlei	21.35	21.35		1.10		22.45		22.45		22.45		22.45	+0.25 Stv. Landschreiber/in +0.45 Sb* Beglaubigungswesen +0.40 IT-Beauftragte/r
1126	Staatsarchiv	8.55	11.25		0.20	0.50	11.95		11.95	-0.20	11.75		11.75	+0.20 Archivar/in digit.Aufbereit./Erschliess. +0.20 Gemeindearchivar/in EG St'hausen +0.10 Gemeindearchivar/in EG Menzingen +0.20 Gemeindearchivar/in EG Unterägeri 2023: -0.20 Gemeindearchiv. befr. von BU20
1128	Ombudsstelle	1.20	1.55				1.55		1.55		1.55		1.55	
1129	Datenschutzstelle	1.60	2.10		0.50		2.60		2.60		2.60		2.60	+0.80 Juristische/r-MA* +0.50 Sekr./Sb Datenschutz
1130	Kommunikationsstelle des Regierungsrats	1.00	1.00				1.00		1.00		1.00		1.00	
15	Direktion des Innern	200.60	205.75	0.00	3.75	1.15	210.65	0.00	210.65	-0.80	209.85	-0.50	209.35	
1500	Direktionssekretariat	12.40	13.15				13.15		13.15		13.15		13.15	
1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	29.45	30.50		1.65	-0.35	31.80		31.80		31.80		31.80	+1.00 Sb systemat. Grundbuchbereinigung (befristet bis 2029) +0.30 ICT Applikationsmanager/in +0.35 IT-Fachspez. Capitastra -0.35 IT-Fachspez. Capitastra an 5050.0305
1530.0300	Amt für Wald und Wild	18.10	18.40				18.40		18.40		18.40		18.40	
1550	Sozialamt	71.80	73.00	0.00	1.80	0.00	74.80		74.80		74.80	-0.50	74.30	
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	42.95	43.25		0.30	0.20	43.75		43.75		43.75		43.75	
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	25.90	27.45			1.30	28.75		28.75	-0.80	27.95		27.95	+0.80 Wissensch. MA befr. bis 2022 +0.50 Informations-/Dokuspezialist/in 2023: -0.80 wissensch. MA befristet von BU21
17	Direktion für Bildung und Kultur	302.14	306.04	0.00	6.27	5.00	317.31	0.54	317.85	2.74	320.59	0.00	320.59	
1700.0300	Direktionssekretariat	4.90	4.80		0.10		4.90		4.90		4.90		4.90	+0.10 Jur. MA Rechtsdienst
1730	Amt für Mittelschulen und PH	251.74	255.74	0.00	5.07	5.00	265.81	0.54	266.35	2.74	269.09	0.00	269.09	
1740	Amt für gemeindliche Schulen	26.45	26.45		1.10		27.55		27.55		27.55		27.55	
1777	Amt für Berufsberatung	13.00	13.00				13.00		13.00		13.00		13.00	
1790	Amt für Kultur	6.05	6.05				6.05		6.05		6.05		6.05	

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.19	Budget 2020	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	Budget 2021	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	übrige Veränd. 2023	Plan 2023	Veränd. 2024	Plan 2024	Kommentare
20	Volkswirtschaftsdirektion	310.93	326.34	1.00	0.30	3.28	330.92	-0.65	330.27	0.00	330.27	0.00	330.27	
2000	Direktionssekretariat	5.90	6.25				6.25		6.25		6.25		6.25	
2011	Amt für Berufsbildung	10.50	11.30			-0.20	11.10	0.10	11.20		11.20		11.20	-0.20 interne Verschiebung an 2015 Lehrpers 2022: +0.10 von 2012 (Integrations-Vorlehre, befristet bis 2021)
2012	Amt für Brückenangebote:	25.69	27.54				27.54	-0.10	27.44		27.44		27.44	
2012.0310	- Administration	1.85	1.85				1.85	-0.10	1.75		1.75		1.75	2022: -0.10 an 2011 (Integrations-Vorlehre, befristet bis 2021)
	- Lehrpersonen	23.84	25.69				25.69		25.69		25.69		25.69	
2013	GIBZ:	118.46	118.17	1.00		3.28	122.45		122.45		122.45		122.45	
	- Administration	24.40	25.50				25.50		25.50		25.50		25.50	
	- Lehrpersonen	94.06	92.67	1.00		3.28	96.95		96.95		96.95		96.95	+1.00 Dozent/in HF Informatik + Elektronik +3.28 Lehrpers. FABE (neu in ZG)
2015	LBBZ:	15.45	18.10		0.30	0.20	18.60		18.60		18.60		18.60	
	- Administration	7.95	10.50				10.50		10.50		10.50		10.50	
	- Lehrpersonen	7.50	7.60		0.30	0.20	8.10		8.10		8.10		8.10	+0.30 Lehrer/in / Berater/in +0.20 interne Verschiebung von 2011
2019	KBZ:	65.48	70.13			0.00	70.13		70.13		70.13		70.13	
	- Administration	13.00	12.45			0.15	12.60		12.60		12.60		12.60	
	- Lehrpersonen	52.48	57.68			-0.15	57.53		57.53		57.53		57.53	-0.15 interne Verschiebung
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	15.20	15.75				15.75		15.75		15.75		15.75	
2031	Arbeitslosenkasse	22.10	24.30				24.30		24.30		24.30		24.30	
2050	Landwirtschaftsamt	5.75	5.75				5.75		5.75		5.75		5.75	
2072	Handelsregister- und Konkursamt	26.40	29.05				29.05	-0.65	28.40		28.40		28.40	2022: -0.65 Sb Archiv befr. von BU20
30	Baudirektion	158.65	164.90	0.00	1.90	0.00	166.80	0.00	166.80	0.00	166.80	0.00	166.80	
3000.0300	Direktionssekretariat	12.15	12.45				12.45		12.45		12.45		12.45	
3020	Tiefbauamt	63.75	66.25				66.25		66.25		66.25		66.25	
3050.0300	Amt für Umwelt	18.10	19.10		0.50		19.60		19.60		19.60		19.60	+0.50 PL* Energiefachstelle
3060.0300	Hochbauamt	46.55	48.05		1.40		49.45		49.45		49.45		49.45	+1.00 PL Planung + Bau +0.40 Objektmanager/in Unterhalt
3081.0300	Amt für Raum und Verkehr	18.10	19.05				19.05		19.05		19.05		19.05	

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.19	Budget 2020	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	Budget 2021	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	übrige Veränd. 2023	Plan 2023	Veränd. 2024	Plan 2024	Kommentare
35	Sicherheitsdirektion	409.50	421.90	2.20	7.70	1.00	432.80	0.00	432.80	-1.00	431.80	0.00	431.80	
3500	Direktionssekretariat	8.35	8.55				8.55		8.55		8.55		8.55	
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	15.70	15.70	1.20			16.90		16.90		16.90		16.90	
3581	Strassenverkehrsamt	42.40	43.40		0.30		43.70		43.70		43.70		43.70	+0.30 Stv. Fachapplikations-Verantwortl. IT
3590	Zuger Polizei	305.35	314.35	0.50	7.40	1.00	323.25		323.25	-1.00	322.25		322.25	+0.50 Sb Logistik +0.50 Informatiker/in HF/FH befr. bis 2024 +0.50 Sb Einsatzleitzentrale befr. bis 2024 +0.90 Sb Bürgernahe Polizeiarbeit +0.50 Präventions-/Social Media Koordination +2.00 Sb Analyse +1.00 Sb Cyberermittlung SIP +1.00 Sb Spezialermittlungen +1.00 Informatiker/in HF/FH +1.00 Sb Kant. Nachrichtendienst 2023: -1.00 Waffenspezialist/in befr aus BU20
3592	Amt für Migration	17.80	20.20				20.20		20.20		20.20		20.20	
3596	Amt für Justizvollzug	19.90	19.70	0.50			20.20		20.20		20.20		20.20	
40	Gesundheitsdirektion	84.05	91.65	0.60	-0.30	0.00	91.95	-1.00	90.95	-1.00	89.95	0.00	89.95	
4000	Direktionssekretariat	11.10	12.05		-0.50		11.55		11.55		11.55		11.55	2021: -0.50 Jurist/in befr.BU19
4005	Amt für Verbraucherschutz	16.60	18.05	0.60		0.00	18.65	-1.00	17.65		17.65		17.65	+0.60 Amtl. Tierärztin/-arzt 2022: -1.00 Labor MA befr aus BU20
4021.0300	Rettungsdienst Zug	32.70	37.20				37.20		37.20		37.20		37.20	
4050.0300	Amt für Gesundheit	16.85	17.25				17.25		17.25	-1.00	16.25		16.25	2023: -1.00 Wiss MA befr BU19
4051.0300	Amt für Sport	6.80	7.10		0.20		7.30		7.30		7.30		7.30	+0.20 Programmleit. Psych. Gesundheit
50	Finanzdirektion	201.50	215.40	0.50	7.90	0.45	224.25	-0.30	223.95	0.00	223.95	-2.00	221.95	
5000	Direktionssekretariat	7.50	7.80			-0.30	7.50		7.50		7.50		7.50	-0.30 int. Verschiebung an 5010
5001	Finanzkontrolle	3.50	4.00				4.00		4.00		4.00		4.00	
5010	Personalamt	6.95	8.95		1.00	0.30	10.25		10.25		10.25		10.25	+1.00 Personalfachperson +0.30 int. Verschiebung von 5000
5011	Allgemeiner Personalaufwand	13.70	14.20		1.10		15.30		15.30		15.30		15.30	+0.90 Betreuung Lernende (dezentral) +0.20 MA Betriebl. Gesundheitsförderung
5020	Finanzverwaltung	7.60	8.00			-0.40	7.60		7.60		7.60		7.60	-0.40 int. Verschiebung an 5050.0305
5050	Amt für Informatik und Organisation	38.20	45.10		4.30	0.85	50.25		50.25		50.25	-2.00	48.25	
5060.0300	Steuerverwaltung	124.05	127.35	0.50	1.50		129.35	-0.30	129.05		129.05		129.05	+0.50 Einschätzungsexpert. Natürl. Personen +0.70 Sb Registerführung Natürl. Personen +0.80 Einschätzungsexpert. Natürl. Personen 2022: -0.30 IT-Governance, RRB 26.6.2018
	Total Kantonale Verwaltung	1701.07	1769.23	4.30	29.32	11.38	1814.23	-1.41	1812.82	-0.26	1812.56	-2.50	1810.06	45.00

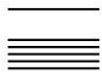
Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.19	Budget 2020	Neue Aufg.	Gener. Wachst.	Erfolgs- neutrale Stellen	Budget 2021	übrige Veränd. 2022	Plan 2022	übrige Veränd. 2023	Plan 2023	Veränd. 2024	Plan 2024	Kommentare
61	Richterliche Behörden	107.52	108.70	0.00	4.30	0.00	113.00	0.00	113.00	0.00	113.00	0.00	113.00	4.30
6111	- Obergericht: Richter/innen	18.00	18.00				18.00		18.00		18.00		18.00	
6181	- Verwaltungsgericht: Richter/innen	3.00	3.00				3.00		3.00		3.00		3.00	
6111	- Obergericht: Angestellte	78.42	79.40		4.30		83.70		83.70		83.70		83.70	
6181	- Verwaltungsgericht: Angestellte	7.30	7.50				7.50		7.50		7.50		7.50	
6183	- Schätzungskommission (Sekretariat)	0.80	0.80				0.80		0.80		0.80		0.80	
														*Abkürzungen: Sb = Sachbearbeitung MA = Mitarbeiter/in PL = Projektleitung °Der Regierungsrat entscheidet im 4. Jahr über das weitere Vorgehen

Beilage 2

Stellenanträge Budget 2021 (in Prozent) - Version vom 30.07.2020									
Nr.	Amts#	Amt	Stellenbezeichnung	Neue Aufg	Gen Wach	Erfolgsneu	befristet	Spezielles	Grundlage
Allgemeine Verwaltung									
AV01	1120.0900	Staatskanzlei	Stv. Landschreiber/in		25		nein		
AV02	1120.0900	Staatskanzlei	Sachbearbeitung Beglaubigungswesen		45		nein		
AV03	1120.0900	Staatskanzlei	IT-Beauftragte/r (alt 50 %)		40		nein		
AV04	1126	Staatsarchiv	Archivar/in digitale Aufbereitung/Nacherschliessung		20		nein		
AV05	1126	Staatsarchiv	Gemeinde-Archivar/in EG Steinhausen			20	nein	drittfinanziert	
AV06	1126	Staatsarchiv	Gemeinde-Archivar/in EG Menzingen			10	nein	drittfinanziert	
AV07	1126	Staatsarchiv	Gemeinde-Archivar/in EG Unterägeri			20	nein	drittfinanziert	
Total AV				0	130	50	Gesamt	180	
Direktion des Innern									
DI01	1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	Sachb. systemat. Grundbuchbereinigung (alt 200 %)		100		ja bis 2029		
DI02	1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	ICT Applikationsmanager/in		30		nein		
DI03	1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	IT-Fachspezialist Capitastra (Stelle geht ans AIO)		35		nein		
DI04	1550.0300	Kantonales Sozialamt	Fachperson Stab KSA/Datencoach 80 %		0		nein		
DI05	1550.0300	Kantonales Sozialamt	Fachverantwortliche/r Alter davon 60 % Zug+		50		ja bis 2023		
DI05	1550.0300	Kantonales Sozialamt	Fachverantwortliche/r Alter		50		nein		
DI06	1550.0320	Kantonales Sozialamt	Wohnbegleitung Soziale Dienste Asyl		80		nein		
DI07	1552.0300	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	Bankfachperson (Verschieb 20% v GenW zu Erf.neutr)		30	20	nein	Umwandlung	
DI08	1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in			80	ja bis 2022	Umwandlung	Denkmalschutzgesetz, Teilrev. KRB 31.1.19
DI09	1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	Informations-/Dokumentationsspezialist/in			50	nein	Umwandlung	Denkmalschutzgesetz, Teilrev. KRB 31.1.19
Total DI				0	375	150	Gesamt	525	
Direktion für Bildung und Kultur									
DBK01	1700.0300	Direktionssekretariat DBK	Leitung Rechtsdienst		0		nein		
DBK02	1700.0300	Direktionssekretariat DBK	Support Rechtsdienst		10		nein		
DBK03	1730.1100	AMH Kantonsschule Zug	Wissenschaftliche Assistenz Physik		20		nein		
DBK04	1730.1100	AMH Kantonsschule Zug	Lehrpersonen KSZ		226		nein	Lehrperson/en	
DBK05	1730.2100	AMH Kantonsschule Menzingen	Lehrpersonen KSM		275		nein	Lehrperson/en	
DBK06	1730.2100	AMH Kantonsschule Menzingen	Mitarbeitende Raumpflege KSM			500	nein	Umwandlung	
DBK07	1730.3100	AMH Fachmittelschule	Leitung Betriebsmanagement FMS		5		nein		
DBK08	1730.3100	AMH Fachmittelschule	Mitarbeit Administration FMS		5		nein		
DBK09	1740.0300	Amt für gemeindliche Schulen	Amtsleitung		10		nein		
DBK10	1740.3100	Amt für gemeindliche Schulen Abt. SPD	Schulpsychologinnen/Schulpsychologen (alt 150 %)		100		nein		
Total DBK				0	651	500	Gesamt	1151	
Volkswirtschaftsdirektion									
VD01	2013.0305	Gewerblich-industrielle Berufsschule	Dozent/in HF (Studieng. Informatik und Elektronik)	100			nein	Lehrperson/en	KRB v. 27.02.2020 (BGS 413.11)
VD02	2013.0305	Gewerblich-industrielle Berufsschule	Berufsschullehrpersonen FABE GIBZ			328	nein	Lehrperson/en	
VD03	2015.0310	Landwirt. Bildungs-/Beratungszentrum	Lehrer/in / Berater/in LBBZ (alt 50%, int Versch v 2011)		30		nein	Lehrperson/en	
Total VD				100	30	328	Gesamt	458	

Stellenanträge Budget 2021 (in Prozent) - Version vom 30.07.2020									
Nr.	Amts#	Amt	Stellenbezeichnung	Neue Aufg.	Gen Wach.	Erfolgsneu	befristet	Spezielles	Grundlage
Baudirektion									
BD01	3050.0300	Amt für Umwelt	Projektleitung Energiefachstelle		50		nein		
BD02	3060.0300	Hochbauamt	Projektleitung Planung und Bau		100		nein		
BD03	3060.0300	Hochbauamt	Objektmanager/in Fachbereich Unterhalt (alt 50 %)		40		nein		
Total BD				0	190	0	Gesamt	190	
Sicherheitsdirektion									
SD01	3540.0940	Amt für Zivilschutz und Militär	Zivilschutz-Instruktor/in	100			nein		Bevölk.-/Zivilschutzgesetz BZG (SR 520.1)
SD02	3540.0940	Amt für Zivilschutz und Militär	Sachbearbeitung Material/Zentrumswartung	20			nein		Bevölk.-/Zivilschutzgesetz BZG (SR 520.1)
SD03	3581.0330	Strassenverkehrsamt	Stv. Fachapplikationsverantwortliche/r IT		30		nein		
SD04	3590	Zuger Polizei	Informatiker/in HF/FH (VISION 2025)		50		ja bis 2024		
SD05	3590	Zuger Polizei	Sb Einsatzleitzentrale (VISION 2025)		50		ja bis 2024		
SD06	3590	Zuger Polizei	Sb Bürgernahe Polizeiarb. (Community Pol., alt 160 %)		90		nein		
SD07	3590	Zuger Polizei	Sb Präventions-/Social Media Koordination		50		nein		
SD08	3590	Zuger Polizei	Sb Analyse		200		nein		
SD09	3590	Zuger Polizei	Sb Cyberermittlung SIP (alt 200 %)		100		nein		
SD10	3590	Zuger Polizei	Sb Logistik	50			nein		§12 Abs. 1 Bst. h FHG (BGS 611.1)
SD11	3590	Zuger Polizei	Sb Spezialermittlungen		100		nein		
SD12	3590	Zuger Polizei	Informatiker/in HF/FH		100		nein		
SD13	3590	Zuger Polizei	Sb Kantonalen Nachrichtendienst			100	nein	drittfinanziert	
SD14	3596.0910	Amt für Justizvollzug	Fallverantwortung Strafvollzug	50			nein		KRB Strafvollzugskonkordat (BGS 332.33), Art. 55a StGB (SR 311.0)
Total SD				220	770	100	Gesamt	1090	
Gesundheitsdirektion									
GD01	4005.0330	Amt für Verbraucherschutz	Amtliche Tierärztin/amtlicher Tierarzt (ATA)	60			nein		VSFK (SR 817.190), TSV (SR 916.401), LGV (SR 817.02), LMVV (SR 817.042), EDAV-DS (SR 916.443.10), HMG (SR 812.21), TAMV (SR 812.212.27), ISABV (SR 812.214.4)
GD02	4051.0300	Amt für Sport	Programmleitung psychische Gesundheit		20		nein		
Total GD				60	20	0	Gesamt	80	

Stellenanträge Budget 2021 (in Prozent) - Version vom 30.07.2020									
Nr.	Amts#	Amt	Stellenbezeichnung	Neue Aufg	Gen Wach	Erfolgsneu	befristet	Spezielles	Grundlage
Finanzdirektion									
FD01	5010	Personalamt	Personalfachperson (verschoben von Budget 2020)		100		nein		
FD02	5040	Personalamt	Juristische/r Mitarbeiter/in (alt 40 %)		0		nein		(30 % int Verschiebung von FDS + Redukt.)
FD03	5011	Allgemeiner Personalaufwand	Betreuung Lernende (10 % pro Lernender/Lernendem)		90		nein		
FD04	5011	Allgemeiner Personalaufwand	Mitarbeiter/in Betriebliche Gesundheitsförderung		20		nein		
FD05	5050.0300	Amt für Informatik und Organisation	IT Solution Engineer		50		nein		
FD06	5050.0305	Amt für Informatik und Organisation	Applikations-Manager/- Entwickl.- GEVER (80 %)		0		nein		
FD07	5050.0305	Amt für Informatik und Organisation	Applikations-Entwickler ITWSM-Suite (alt 90)			10	nein	Insourcing	(je 40% int Verschiebung von KfV + Redukt.)
FD08	5050.0309	Amt für Informatik und Organisation	IT Netzwerk-Spezialist/in		90		nein		
FD09	5050.0309	Amt für Informatik und Organisation	IT Security-Spezialist/in		90		nein		
FD10	5050.0330	Amt für Informatik und Organisation	Projektleitung Digitale Transformation		100		ja, bis 2025		
FD11	5050.0330	Amt für Informatik und Organisation	Projektleitung Change Management		100		ja, bis 2025		
FD12	5060.0300	Steuerverwaltung	Einschätzungsexpert. Natürliche Personen NOV	50			nein		BG Revis.Quellenbesteuerung AS 2018/1813 Steuergesetz ZG BGS 632.1, 7. Revis.paket
FD13	5060.0300	Steuerverwaltung	Sachbearbeitung Registerführung Natürliche Personen		70		nein		
FD14	5060.0300	Steuerverwaltung	Einschätzungsexpert. Natürliche Personen (alt 100 %)		80		nein		
Total FD				50	790	10	Gesamt	850	
Gesamttotal				430	2956	1138	Gesamt	4524	mit Lehrpersonen
Davon Lehrpersonen				100	551	328		979	Total Lehrpersonen
Gesamttotal ohne Lehrpersonen				330	2405	810		3545	Gesamttotal ohne Lehrpersonen
Ausserhalb der Regierungsrats-Zuständigkeit									
DATS1	1129	Datenschutzstelle	Juristische/r Mitarbeiter/in		80		nein		
DATS2	1129	Datenschutzstelle	Sekretär/in / Sachbearbeiter/in		50		nein		
RP01	6106	Strafgericht	Gerichtsschreiber/in		100		nein		
RP01	6111	Obergericht	Gerichtsschreiber/in		200		nein		
RP01	6141	Staatsanwaltschaft	Staatsanwältin/Staatsanwalt		80		nein		
RP01	6141	Staatsanwaltschaft	Mitarbeiter/in Sekretariat		50		nein		
Total				0	560	0			
° Einsparung oder Mehreinnahmen, im Budget 2021 schon berücksichtigt									
= Lehrpersonen									



Finanzstatus Übersicht

Zeitraum: 27. September 2019 bis 29. September 2020

1. Erfolgsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehraufwand / - Minderaufwand	
Jahr	Aufwand gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Aufwand	Aufwand aktualisiert
2020	1'536'927	4'486	1'541'413
2021	1'529'882	11'354	1'541'236
2022	1'575'962	11'157	1'587'119
2023	1'591'944	11'566	1'603'510
		+ Mehrertrag / - Mindereertrag	
Jahr	Ertrag gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Ertrag	Ertrag aktualisiert
2020	1'684'918	-427	1'684'491
2021	1'653'109	-12'193	1'640'916
2022	1'737'423	-40'093	1'697'330
2023	1'757'838	-40'060	1'717'778
		+ Ergebnisverbesserung / - Ergebnisverschlechterung	
Jahr	Ergebnis gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Total	Ergebnis aktualisiert
2020	147'991	-4'913	143'078
2021	123'227	-23'547	99'680
2022	161'461	-51'250	110'211
2023	165'894	-51'626	114'268

2. Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehrausgaben / - Minderausgaben	
Jahr	Nettoinvestitionen gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Nettoinvestitionen	Nettoinvestitionen aktualisiert
2020	98'706	-4'157	94'549
2021	91'459	-2'911	88'548
2022	126'940	-1'901	125'039
2023	141'837	399	142'236

3. Finanzrechnung (in 1'000 Franken)					
Jahr	Ergebnis ER (A)	Selbst- finanzierung (B)	Netto- investitionen (C)	Finanzierungs- fehlbetrag (B-C)	Selbst- finanzierungs- grad (B/C)
2020	147'991	220'600	98'706	121'894	223.5%
aktualisiert	143'078	215'687	94'549	121'138	228.1%
2021	123'227	186'700	91'459	95'241	204.1%
aktualisiert	99'680	163'153	88'548	74'605	184.3%
2022	161'461	230'300	126'940	103'360	181.4%
aktualisiert	110'211	179'050	125'039	54'011	143.2%
2023	165'894	237'500	141'837	95'663	167.4%
aktualisiert	114'268	185'874	142'236	43'638	130.7%

Beilage 4**Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget**

Die untenstehende Matrix zeigt die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten bei der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget auf:

	Globalbudget beschlossen	Globalbudget gekürzt oder erhöht	Globalbudget nicht beschlossen
Leistungsauftrag genehmigt	1 Globalbudget und Leistungsauftrag sind verabschiedet	2 RR kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten	3 RR legt neues Globalbudget vor und kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten
Leistungsauftrag nicht genehmigt	4 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	5 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	6 RR legt revidierten Leistungsauftrag samt neuem Globalbudget vor

Bei einer allfälligen Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget kommt die Regelung von § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) zum Tragen:

zu Fall 2: Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, so kann der Regierungsrat, sofern er dies als notwendig erachtet, aufgrund des beschlossenen Globalbudgets dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten.

zu Fall 3: Dies gilt analog auch dann, wenn der Kantonsrat zwar den Leistungsauftrag genehmigt, dem Globalbudget aber die Genehmigung verweigert.

zu Fall 6: Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages, so legt der Regierungsrat dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.